

Kosten die Neuerung vorgenommen wird, auch nur Gelegenheit bietet, sich dazu zu äußern.

In einer Zeit, in der die Eisenbahnen, die Post und alle sonstigen Verkehrsanstalten ebenso wie jedes privatwirtschaftliche Unternehmen dem sinkenden Geldwert Rechnung tragen und ihre Gebühren und Preise entsprechend erhöhen, kann die Tagespresse nicht verlangen, daß, um sie von dieser Notwendigkeit (durch Erhöhung der Bezugspreise usw.) zu befreien, einer Gruppe von anderen Papier verarbeitenden Gewerben besondere Opfer aufgebürdet werden, deren Schwere anscheinend noch gar nicht voll gewürdigt worden ist. Denn dadurch, daß die Papierfabrikanten, denen die bei der Ausfuhr erzielten Valutagewinne bis zu 60% weggenommen werden sollen, darauf angewiesen und durch ihre Verbände auch in der Lage sind, durch entsprechende Erhöhung der Inlandpreise die bei der Ausfuhr durch Abtretung der Valutagewinne erlittenen Verluste auszugleichen, sodaß die Papier verarbeitenden Gewerbe auf die schon bisher nahezu unerschwinglichen Papierpreise einen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse an sich nicht erforderlichen Aufschlag bezahlen sollen, wird durch diese Verteuerung nicht nur der Verbrauch wesentlich eingeschränkt, sondern es wird vor allem auch die Ausfuhr von Erzeugnissen der Papierverarbeitung und des Druckgewerbes nahezu unmöglich gemacht, sodaß der Schaden, den man anrichtet, wohl kaum mehr in einem zu rechtfertigenden Verhältnis steht zu dem Nutzen, den man für die Tagespresse schaffen will.

Es hat schon während des Krieges in den Kreisen der Papier verarbeitenden Gewerbe größten Unmut erregt, daß den Papierfabrikanten amtlicherseits wiederholt nahegelegt worden ist, die Zeitungsdruckpapierpreise auf einem vergleichsweise niedrigen Stande zu halten, dafür sich aber bei den entsprechenden anderen Papierarten schadlos zu halten. Wenn dieses schon im Kriege nicht zu billigende Prinzip nun auch noch nach der Richtung erweitert werden soll, daß man die Papierfabrikanten in die Zwangslage drängt, durch Erhöhung der Inlandpreise einen Ausgleich für bestimmte Barleistungen, die der Presse zugute kommen sollen, zu schaffen, so wird sich, wie wir schon jetzt erklären können, ein stürmischer Protest innerhalb des Druckgewerbes, Verlags und der Papierverarbeitung erheben. Da, wie wir wissen, die Pläne der Regierung auch von den Fachvertretungen der Papierfabrikation und des Papiergroßhandels bekämpft werden, ergibt sich die Tatsache, daß das gesamte Papierfach ausschließlich der Tagespresse gegen die Neuerung Einspruch erhebt. Wir bitten deshalb dringend, den gefährlichen Plan fallen zu lassen und jedenfalls bei weiteren Erörterungen dafür Sorge zu tragen, daß die Vertreter derjenigen Kreise, auf deren Kosten die Begünstigung der Presse durchgeführt werden soll, gehört werden.

#### Bund deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verlags und der Papierverarbeitung.

Der stellvert. Vorsitzende:

(gez.) Siegmund,

Geh. Hofrat u. Komm.-Rat.

Der Generalsekretär:

(gez.) E. Hager.

An das  
Reichswirtschaftsministerium  
Berlin.

Im Anschluß daran möchten wir auch noch wiedergeben, was die »Boschische Zeitung« zu derselben Frage ausführte, die ja der Papierfrage stets besondere Aufmerksamkeit widmet. Sie schreibt im Handelsteil der Abendausgabe vom 27. April unter der Überschrift »Valutagewinne und Papierausfuhr«:

Wie aus Mitteilungen interessierter Kreise hervorgeht, beabsichtigt die Regierung bei der Durchführung der vom Reichstag geforderten gesetzgeberischen Aktion zur Verbilligung des Zeitungsdruckpapiers einen erheblichen Teil der Valutagewinne, die sich bei der Ausfuhr von Papier und Papierfabrikaten ergeben, heranzuziehen. Diese Beträge, die zum mindesten gegenwärtig vom Reichswirtschaftsministerium erheblich überschätzt werden, sollen dazu verwendet werden, die Preise des Zeitungsdruckpapiers künstlich zu senken.

Gegen dieses Vorgehen bestehen schwere Bedenken. Sie sind sowohl vom allgemeinen wirtschaftspolitischen Standpunkt aus zu begründen, wie auch aus den berechtigten Interessen anderer papierverarbeitenden Gewerbe. Der Reichstag und die gesamte Öffentlichkeit, die sich in erfreulicher Einhelligkeit dafür eingesetzt haben, daß endlich einmal für das Zeitungsgewerbe etwas Durchgreifendes geschieht, haben dabei zweifellos an Maßnahmen von dauernder Wirksamkeit gedacht. Angesichts der Preisentwicklung in Deutschland, die sich mit raschen Schritten nicht nur durch die binnenwirtschaftliche Teuerung, sondern durch den jetzt damit zusammenwirkenden Rückgang der Weltmarktpreise diesen nähert, ist der Zeitpunkt abzusehen, wo man von neuem wertvollen Valutagewinnen bei der Papierausfuhr nicht mehr sprechen kann, vielleicht sogar die Papierausfuhr ganz streift. Auf dem nordamerikanischen Markte sind wir schon nicht mehr wettbewerbsfähig. Will man die Verbilligungsaktion also auf der Erfassung der Valutagewinne aufbauen, so läuft man Gefahr, eines Tages mit leeren Händen dazusitzen. Dann ist aber die jetzt in der Öffentlichkeit vorhandene günstige Stimmung für eine planmäßige und durchgreifende Organisation der Papierwirtschaft vielleicht wieder geschwunden, weil die Enttäuschung über die geringfügigen Ergebnisse der großangelegten Hilfsaktion alle die Kreise entmutigt hat, die über die verwickelten Verhältnisse im Papiergewerbe nicht unterrichtet sind. Aus diesem Grunde ist hier die Forderung zu wiederholen, die schon öfter in der »Boschischen Zeitung« vertreten wurde: Offenlegung der Syndikatsbindungen und ihrer Ausgleichsmöglichkeiten, Klarlegung der gesamten preisbestimmenden Faktoren in der Papierwirtschaft und planmäßige Zusammenarbeit aller papiererzeugenden und papierverbrauchenden Unternehmerorganisationen, in dem Bestreben, zu einer möglichst rationalen Papierwirtschaft zu gelangen.

Kommt die Einheitsfront der Papierverbraucher zustande, die wirtschaftlich stark genug ist, den Papiererzeugern als eine Einheit gegenüberzutreten, der man Rechenschaft schuldig ist über die Gesteuerungskosten, Ausfuhrerlöse und Rohstoffverhältnisse, und die gegebenenfalls Schulter an Schulter mit ihnen gegen deren Lieferanten marschiert, so würde endlich der jetzt wieder in großen Teilen der papierverbrauchenden Gewerbe auftretende Vorwurf hinfällig werden: die Zeitungen seien bestrebt, auf Kosten legitimer Gewinne der anderen Papierverbraucher selbst den Papierrohstoff billiger zu beziehen. Die Buch- und Zeitschriftenverleger, die mit Recht geltend machen können, daß ihre Erzeugnisse ebenso wie die Zeitungen ein hervorragendes öffentliches und kulturelles Interesse befriedigen, wenden sich schon jetzt dagegen, daß man ihre Valutagewinne, mit denen sie schon innerhalb ihres eigenen Gewerbes der Verteuerung des Druckpapiers mühsam entgegenwirken, dazu heranzieht, um einseitig das Zeitungsdruckpapier zu verbilligen. Auch der Papiergroßhandel tritt den Plänen der Regierung entgegen, zumal der Valutagewinn bei der Papierausfuhr an sich kein übermäßiger sei und am allerwenigsten heute als sicherer und dauernder Faktor in Rechnung gesetzt werden könne.

Schließlich bestehen im eigenen Kreise der Zeitungsverleger Bedenken gegen die Inanspruchnahme einseitiger Vorteile, deren Zuweisung eine Wiederaufnahme der Kontingentierung, also ein Wiederaufleben der Zwangswirtschaft voraussetzen.

Alle Umstände weisen vielmehr mit zwingender Notwendigkeit darauf hin, daß der gegenwärtige Zeitpunkt der geeignetste sein dürfte, aus sich selbst heraus die Neuorganisation der Papierwirtschaft grundlegend in Angriff zu nehmen. Es kommt ferner hinzu, daß, obwohl die Preise für Zeitungsdruckpapier weiterhin in scharfem Aufstieg begriffen sind, die weltwirtschaftlichen Faktoren darauf schließen lassen, daß bald sowohl die Ausfuhr stocken als auch im Inland eine Absatzkrise für diejenigen hochwertigen Produkte — Textilerzeugnisse — eintreten wird, die in so verhängnisvollem Maße die Rohstoffe für die Papierherstellung, Holz und Zellstoff verteuert haben. In einer Zeit niedergehender Konjunktur, bei der der Anreiz, Papier auszuführen oder die Rohstoffe der Papierfabrikation anderen lockenderen Zwecken zuzuführen, nicht mehr in dem Maße besteht wie bisher, wird es leichter möglich sein, durch das Gewicht der eigentlichen Papierverbraucher bei Papiererzeugern, den Holzbesitzern und Zellstoffleuten einen Aufbau der Papierwirtschaft durchzusetzen, bei der die berechtigten Interessen aller ohne einseitige Begünstigung einzelner Zweige in Zukunft besser gewahrt werden können.

B. S. C.

#### Mindestverkaufspreis und Buchschriftsteller.

(Vgl. zuletzt Bbl. Nr. 89.)

Ein kleines Erlebnis der eigenen Praxis hat mir die in der letzten Zeit im Börseblatt häufige Diskussion »Die Ladenpreis, die Mindestverkaufspreis!« besonders interessant gemacht. Ein Verleger, mit dem ich einen Vertrag abgeschlossen hatte, der mich prozentualer am Ladenpreis beteiligte, verkaufte die ganze Auflage an einen Zwischenbuchhändler, der seinerseits den Ladenpreis aufhob und durch einen Mindestverkaufspreis ersetzte. Ich habe es durch eine ziemlich energische Mah-